

Entschließungsantrag

der Bundesräte Leinfellner, Mühlwerth, Ofner
und weiterer Bundesräte
betreffend Entlassung des Bundesministers für Inneres Karl Nehammer

eingebraucht im Zuge der 914. Sitzung des Bundesrats am 5. November 2020, zum Tagesordnungspunkt 7 „Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Österreich (Sicherheitsbericht 2018) (III-699-BR/2019 d.B. sowie 10434/BRd.B

Am 2. November 2020 fand in Wien ein Terroranschlag statt, der zu vier Todesopfern und zahlreichen Verletzten geführt hat. Diese verabscheuungswürdige Tat wurde von einem bereits einmal verurteilten und amtsbekannten Sympathisanten und Anhänger des Islamischen Staates geplant und durchgeführt.

Der Täter wurde im April 2019 wegen Mitgliedschaft beim "Islamischen Staat" gemäß § 278b Strafgesetzbuch zu 22 Monaten Haft verurteilt, aber im Dezember 2019 bedingt entlassen. Gemäß Aussagen seines Rechtsanwaltes sei er 2016 in einer Moschee radikalisiert worden. Im September 2018 wollte er nach Syrien reisen, um für den IS zu kämpfen, wurde aber in der Türkei verhaftet.

Der Täter des Terroranschlages fuhr laut Medienberichten im Juli 2020 in die Slowakei, um sich Munition für jenes Kalaschnikow-Sturmgewehr zu beschaffen, mit dem er am 2. November mordete. Dies wurde von den slowakischen Behörden sofort nach Österreich gemeldet, ohne dass dies jedoch offenbar bei den zuständigen Behörden für großes Interesse gesorgt hätte. Es ist unbegreiflich, warum angesichts dieser Informationen nicht sofort gegen den bereits einmal wegen Terrorismus verurteilten Mann vorgegangen und damit der Terrorangriff im Vorfeld vereitelt wurde.

Des Weiteren wurde in einer Tageszeitung berichtet, dass der Verfassungsschutz nur wenige Stunden nach dem Terroranschlag eine Razzia bei amtsbekannten Islamisten geplant habe („Operation Ramses“) – diese Aktion jedoch von einem Dolmetscher unter anderem auch an den Attentäter verraten wurde. Diese Versagen der Ressortführung haben Menschenleben gekostet.

Die unterfertigten Bundesräte stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

"Der Bundeskanzler wird aufgefordert, im Interesse der Sicherheit Österreichs, dem Bundespräsidenten vorzuschlagen, den Bundesminister für Inneres, Karl Nehammer, zu entlassen und durch eine geeignete Persönlichkeit zu ersetzen."



